

Die Schweiz hat doch einen neuen Skandal : die Neat Bombe

Autor(en): **Stamm, Peter / Senn, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **121 (1995)**

Heft 16

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-602148>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweiz hat doch einen neuen Skandal

Die NEAT Bombe

VON PETER STAMM (TEXT) UND MARTIN SENN (ILLUSTRATIONEN)

Als Bundespräsident Kaspar Villiger Mitte März die Archive des EMD öffnete und Akten aus den sechziger Jahren über eine geplante atomare Bewaffnung der Schweiz veröffentlichte, tat er dies unter dem Zeichen der Transparenz. Als zwei Wochen später die Nachrichtensendung *10 vor 10* von dreissig Jahre alten Plänen über Atomtests im Gotthardgebiet sprach, berief es sich auf geheime Quellen im Mi-

litärdepartement. Was weder Presse noch Bevölkerung ahnen: beide Veröffentlichungen sind Teil einer perfekt geplanten Informationskampagne unserer Regierung.

Das Projekt für eine schweizerische Atomwaffe wurde angeblich im Sommer 1964 endgültig gestoppt. Noch ein halbes Jahr zuvor hatten alle drei Mitglieder der Militärdelegation des Bundesrates ein Budget für weitere Abklärungen bewilligt. Dem *Nebelspalter* vorliegende Dokumente beweisen, dass der vermeintliche Abbruch des Atomprojektes nur ein Mittel war, die Zahl der Mitwisser zu reduzieren, und dass die Pläne

bis heute weitergeführt wurden. Nachdem der Bundesrat durch den Mirage-Skandal entdeckt hatte, dass im Militärdepartement mit Lecks zu rechnen war, entschloss er sich, eine geheime Arbeitsgruppe ohne Verbindungen zur Armee einzusetzen.

Während hernach selbst höchste Politiker glaubten, die Schweiz habe ihre Ambitionen auf Nuklearwaffen aufgegeben, wurde im Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung (EIR) fleissig weitergeforscht. Nur dort gab es nämlich schon in den sechziger Jahren das Plutonium, das zum Bau von Atombomben verwendet wird. Finanziert wurde die Forschung aus den Stromgebühren der Atomkraftwerk-Betreiber, die indirekt von der Forschungsarbeit des EIR

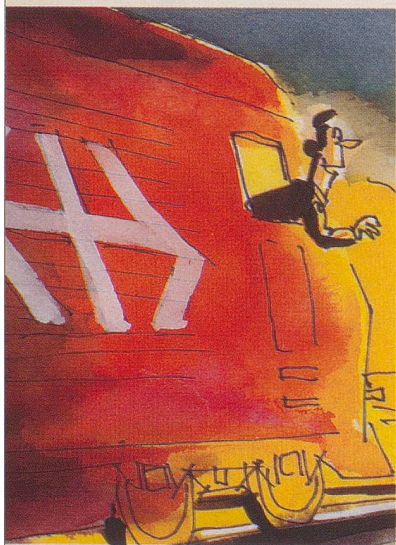
profitierten und ausserdem traditionell gute Beziehungen zur Politik haben (man erinnere sich an die von den Nordostschweizerischen Kraftwerken (NOK) finanzierte Spanienreise hoher Politiker).

Nach bald vierzigjährigen Abklärungen soll es nun endlich zu Taten kommen. Da Atomtests unmöglich vor der Bevölkerung verborgen werden könnten, gilt es in einer konzertierten Aktion, deren Akzeptanz langsam zu steigern. Das Terrain wird vom Bundesarchiv gebueht, das im August eine Sonderausstellung über die Atombombenabwürfe im Pazifik unter dem Titel «Aufbruch in den Frieden» eröffnen wird. Fritz Matter, Kurator des Archives, betont: «Im Zentrum



→ der Ausstellung soll die friedensstiftende Wirkung der Atomwaffen stehen, wie sie in Japan deutlich wurde. Ganz im Sinne der friedlichen Nutzung nuklearer Technologie.»

Es mag erstaunen, dass in der Schweiz ausgerechnet in Zeiten der weltweiten Abrüstung Atomtests durchgeführt werden sollen. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR hat sich aber die Krisenanfälligkeit im ehemaligen Ostblock stark erhöht. Auch kann heute nicht mehr unbedingt auf die Unterstützung der USA gezählt werden. Die Weigerung der Atommacht Russland, sich einem Verteidigungspakt auf der Basis der NATO anzuschliessen, erhöht die Unsicherheit zusätzlich. Verschiedene europäische Länder haben deshalb schon seit geraumer Zeit die Zusammenlegung und Aufstockung ihrer Atomwaffenarsenale im Projekt EURATOM geplant.



Auf der Suche nach einem geeigneten Atomtestgelände stiess EURATOM auf die Alpen als einzige grössere Brachfläche im dichtbesiedelten Europa. Von den Alpenländern fanden aber weder das erst ganz junge EG-Mitglied Österreich noch das zu Grossmachtfantasien neigende Frankreich den Segen der EURATOM-Staaten. Italien kam wegen seiner politischen Unstabilität nicht in Frage, während die ex-jugoslawischen Alpen nicht über

die nötige Infrastruktur verfügen. Nachdem die Schweiz schon länger atomare Träume hatte, stiess EURATOM bei unserer Regierung auf offene Ohren. Diese fürchtet nämlich nach einer Armeeausschaffungsabstimmung und der Initiative über die Halbierung der Armeeausgaben immer mehr um die Schlagkraft ihrer Streitkräfte.

Für die Bereitstellung des von der EG dringend benötigten Atomtestgeländes und des Know-hows aus dreissig Jahren Atomwaffenforschung soll die Schweiz nun einige von Frankreich und England ausgemusterte, strategische Atomraketen und damit ein neues Selbstbewusstsein erhalten. Ausserdem wird der EURATOM-Vertrag die Verhandlungsposition unseres Landes in Brüssel stärken. Der grösste Nutzen aber ist die Nuklear Erstellte Alpen Transversale, die NEAT.

Schon vor einigen Monaten wurde bekannt, dass Europa eine Unterstützung der Schweiz beim Bau der NEAT in Betracht zieht. Während ursprünglich von Krediten die Rede war, sieht es nun so aus, als entstünde die NEAT praktisch als Abfallprodukt der Atomtests. Statt die Teststollen nämlich wie bisher üblich nach Ende der Tests zu versiegeln, sollen sie in der Schweiz als Transitachse eine sinnvolle Weiterverwendung finden. Durch geschickte Lenkung der Atomexplosionswirkung hofft die Bauleitung, die Teststollen in Richtung Tessin vorantreiben zu können. «Gesprengt wird im Tunnelbau sowie so», schreibt Fritz Keller, Ingenieur in der Baukommission der SBB, «wenn es uns gelingt, für die NEAT nukleare Sprengsätze einzusetzen, können wir Milliardenbeträge einsparen.»

Ausserdem verweist Keller auf die Zusammenarbeit beim Bau des Gotthard-Bahntunnels. Schon dieser konnte nur dank der finanziellen Beteiligung Italiens und Deutschlands gebaut werden. Der damals abgeschlossene Gotthard-

Militärs: Atombomben-Tests in der Schweiz!

BERN – Die Schweiz und der kalte Krieg: Mitte der 60er Jahre träumte die Armee-Spitze von sieben unterirdische Atombomben-Versuchsexplosionen in unserem Land – bloss um die «Möglichkeiten einer eigenen Atomwaffen-Produktion» zu testen. Das Schreiben vom 24. April 1964 trägt die Ziffern 241/15. Vermerk «GEU»

schen und klimatischen Verhältnisse in der Schweiz müssten diese (...) unterirdisch vorgenommen werden) – mit Sprengladungen aus hochangereichertem Uran! Nötig, so verlangten die Experten damals, seien «pro Typ (Fliegerbombe) 60-100 Kilotonnen Raketen»

vertrag, der den beiden Ländern die Benutzung des Gotthards jederzeit garantierte, trug im Zweiten Weltkrieg mit zum guten Verhältnis der Schweiz zu den Achsenmächten bei.

Gegen die Durchführung von Atomtests im Gotthardgebiet scheint es in der Landesregierung keine Opposition zu geben. Befürchtungen bürgerlicher Kreise, die Eigenart der Schweiz würde im Projekt zu wenig berücksichtigt, konnten schnell zerstreut werden, indem die EURATOM der Schweiz das Privileg zugestand,



die Bomben zu taufen. Was als eine Bagatelle erscheinen mag, dürfte entscheidend zur Akzeptanz der Tests in der Bevölkerung beitragen. Mit «Bueb vo Trueb», «Schweizerland» und «General Guisan» liegen aus dem Bundesamt für Kultur auch schon erste, vielversprechende Vorschläge für Bombennamen vor. Da die Tests unabhängig vom Militärdepartement durchgeführt werden und sie ausserdem einen entscheidenden Schritt in Richtung Europa

darstellen, ist auch von den Sozialdemokraten keine Opposition zu erwarten.

Was die Meinung des Volkes anbetrifft, so verlässt man sich in Bern auf das generelle politische Desinteresse der Schweizer Bevölkerung. Ausserhalb der Urkantone ist nämlich kaum mit einer erhöhten Strahlenbelastung zu rechnen, weshalb sich auch kaum jemand gegen die Atomtests wehren wird.

Wer den Tunnel nur einige Male im Jahr benützt und sich sonst nicht in der Innerschweiz aufhält, hat keine gesundheitlichen Schäden zu befürchten. Die Strahlung im Tunnel soll etwa jener entsprechen, der ein Reisender auf einem Transatlantik-Flug ausgesetzt ist.

Viel schwerer als einige Millirem dürften im Volk die enormen Einsparungen wiegen, die beim NEAT-Bau aus der atomaren Zusammenarbeit mit Europa resultieren. Sollte es dennoch wider Erwarten zu einer Volksabstimmung kommen, so verlässt sich der Bundesrat auf die vernünftige Grundeinstellung der Schweizer, wie sie schon im Entscheid der Wolfenschiessener deutlich wurde, die sich gegen angemessene Bezahlung dazu bereit fanden, im Wellenberg ein atomares Endlager zu beherbergen. Wer sich am Wellenberg nicht sorgt, wird sich auch am Gotthard nicht hüten.

Zwar freuen sich die Leute von EURATOM über die kritiklose Haltung der Schweizer Bevölkerung. Sie selbst bemühen sich jedoch, durch akribische Planung das Risiko auf ein Minimum zu beschränken. Einige Sorgen bereiteten den Planern deshalb Meldungen aus

Sibirien, die fünfzig Jahre nach Atomtests von alarmierenden Spätfolgen bei der Bevölkerung berichteten. Dennoch sah man darin keinen Grund, das Projekt EURATOM/NEAT zu stoppen. In einem Bericht des Departementes für Äusseres heisst es, die gesundheitlichen Schädigungen der Sibirier und die Häufung von krank oder tot geborenen Kindern seien vor allem die Folge von oberirdischen Atomtests, wie sie in den fünfziger Jahren noch durchgeführt worden seien.

Bei unterirdischen Zündungen, wie EURATOM sie vorhabe, werde die Bevölkerung der umliegenden Gebiete in viel kleinerem Masse betroffen. Da mit allfälligen Schädigungen ausserdem erst in fünfzig Jahren zu rechnen sei, dürfe man sich nicht entmutigen lassen. «Die grossen Fortschritte der Gentechnologie in den letzten Jahrzehnten», so der Bericht wörtlich, «dürfen

Werk», schliesst der Bericht, «fordert ein minimales Mass an Opferbereitschaft von seiten der Bevölkerung.»

Trotz dieser optimistischen Grundeinstellung gaben die Planer bei der Polizei eine umfangreiche Erhebung über das Sexualverhalten der Luzerner in Auftrag. Eine genaue Kenntnis des Innerschweizer Fortpflanzungsverhaltens soll später helfen, die Schäden der erhöhten Strahlung von jenen des hier weit verbreiteten Inzests zu unterscheiden.

Mit einer grossangelegten Aufklärungskampagne, die in Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche durchgeführt wird, soll ausserdem dämpfend auf die Fortpflanzung eingewirkt werden. Die Ziele des Klerus stimmen diesbezüglich weitgehend mit jenen der Atomforscher überein: Weniger Sex heisst weniger Geburten heisst weniger

Gotthardgebiet wehren sollten, liegt in den Berner Schubladen das Projekt «Zwing Uri». Mit gezielten wirtschaftlichen Massnahmen, wie einer bergbauernfeindlichen Agrarpolitik, der Streichung von Militärarbeitsplätzen und weiteren Ausfuhrverboten für die Sportflugzeuge der Pilatus-Werke, soll die wirtschaftliche Situation der Urschweizer so weit verschlechtert werden, bis sie dem Projekt der EURATOM zustimmen. Auch vom durch den Treibhauseffekt chronischen Schneemangel der letzten Jahre, der besonders die tief liegenden Zentralschweizer Skigebiete traf, verspricht sich der Bundesrat eine Klimaverbesserung für das Atomtest-Projekt. Durch EURATOM würden nämlich in der Gotthardregion mehrere hundert dringend benötigte Arbeitsplätze geschaffen. Ausserdem würde die breitangelegte Überwachung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung zu einem in der Schweiz einmalig hohen Niveau der medizinischen Versorgung führen. Auch hoffen die Politiker, dass die durch die NEAT zu erwartende Entlastung vom Schwerverkehr die geringe Erhöhung der radioaktiven Strahlung in den Augen der Innerschweizer aufwiegen wird. Denn im Gegensatz zu den ebenfalls gesundheitsschädlichen Autoabgasen kann die Radioaktivität wenigstens weder gerochen noch gesehen werden.

Wenn auch «Zwing Uri» versagen sollte, munkelt man von einem weiteren Aktionsplan, der aber noch nicht einmal dem *Nebelspalter* zugänglich war. Er soll erst im äussersten Notfall in Kraft treten und auf drastische Art jene Kreise Lügen strafen, die behaupten, der Bundesrat sei nicht mehr handlungsfähig. Da werde sich noch mancher wundern, sagen gut informierte Kreise hinter vorgehaltener Hand, das werde eine Bombenüberraschung. Bekannt ist bis jetzt einzig der Name des geheimen Aktionsplanes: «Bueb vo Trueb».

hoffen lassen, dass bis zum Zeitpunkt der auftretenden Schäden auch die entsprechenden Gegenmassnahmen gefunden sein werden. Jede Generation hat ihre Probleme. Zu grosse Voraussicht führt nur zu einer unverantwortlichen und – über längere Zeiträume betrachtet – gefährlichen Handlungsunfähigkeit.» Ausserdem habe auch der Bau des Gotthard-Bahntunnels vor hundert Jahren 177 Arbeitern das Leben gekostet. «Jedes grosse

Missgeburten. Ausserdem seien sexuell zurückhaltende Personen «generell weniger risikofreudig», so der Kriminologe Marcel Niggli, der den Fragebogen für die Luzerner Polizei entwarf, und fühlten sich damit automatisch sicherer. Wer keine Angst hat, lebt aber auch gesünder, und wer gesünder lebt, hat eine grössere Widerstandskraft gegenüber atomarer Strahlung.

Für den Fall, dass die Innerschweizer sich gegen Atomtests im



Nebelspalter

Die satirische Schweizer Zeitschrift
120. Jahrgang, gegründet 1875

Redaktion: Iwan Raschle

Sekretariat: Yvonne Braunwalder

Layout: Koni Näf

Redaktionsadresse:

Postfach, 9400 Rorschach

Telefon 071/41 42 47

Telefax 071/41 43 13

Der Nebelspalter erscheint jeden Montag.

Für unverlangt eingesandte Beiträge kann die Redaktion keine Verantwortung übernehmen. Korrespondenz über solche Beiträge ist nur in Ausnahmefällen möglich.

Der Nachdruck von Texten und Zeichnungen ist nur mit Zustimmung der Redaktion gestattet.

Verlag, Druck und Administration:

E. Löpfel-Benz AG, Druck- und Verlagshaus,
9400 Rorschach,

Telefon 071/41 43 41/42

Abonnementsabteilung:

Tel. 071/45 44 70

Abonnementspreise:

Schweiz*: 12 Monate Fr. 138.50

6 Monate Fr. 72.–

Europa:** 12 Monate Fr. 159.80

6 Monate Fr. 82.60

Übersee:** 12 Monate Fr. 185.80

6 Monate Fr. 95.60

* inkl. 2% MWSt (Nr. 167855)

**inkl. Land- und Seepostporto. Luftpostpreise auf Anfrage.

Bestehende Abonnements erneuern sich automatisch, wenn keine Abbestellung erfolgt. Postcheck St.Gallen 90-326-1.

Abonnementbestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag in Rorschach entgegen.

Anzeigenverkauf:

Willi Müller

Steinstrasse 50, 8003 Zürich,

Telefon und Telefax: 01/462 10 93

Tourismus und Kollektiven:

RSD Verlag

Majorenacker 10, 8207 Schaffhausen

Telefon 053/33 64 64,

Telefax 053/33 64 66

Anzeigenverwaltung:

Corinne Rüber,

Pestalozzistrasse 5, 9400 Rorschach,

Telefon 071/41 43 41,

Telefax 071/41 43 13

Inseraten-Annahmeschluss:

Ein- und zweifarbige Inserate: 12 Tage

vor Erscheinen; vierfarbige Inserate:

4 Wochen vor Erscheinen.

Inserationspreise: Nach Tarif 1995/1